

# Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt  
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.  
Bezugspreis monatlich Mk. 3.50, vierteljährlich 10.50  
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im  
innerdeutschen Verkehr Mk. 10.50 und 90 Pfg. Post-  
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren  
Raum 40 Pfg., auswärts 50 Pfg., Reklamezeilen  
1.25 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl.  
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-  
mittags.

Druck und Verlag der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Schriftleitung: Th. Gaeß in Wildbad.

Nummer 95

Wildbad, Dienstag, den 27. April 1920.

54. Jahrgang

## Die Koalitionsfrage.

Der Zentrumspolitiker Dr. Franz Fortmann unter-  
sucht in der „D. Mlg. Ztg.“ die Frage, ob die heutige  
Regierungskoalition die bevorstehende Reichstags-  
wahl überdauern werde. Für die kommenden Wahlen seien  
die drei Mehrheitsparteien völlig frei in ihren Entschlie-  
sungen. Jede der drei Parteien werde sich das Ziel  
setzen, aus dem Wahlkampf möglichst gestärkt hervor-  
zugehen. Das widerspreche aber keineswegs den In-  
teressen der drei Mehrheitsparteien an dem Fortbestand  
der Koalition, denn je stärker jede von ihnen aus dem  
Wahlkampf hervorgehe, um so fester werde die Koalition  
dastehen. Auch im neuen Reichstag sei eine andere Re-  
gierungsbildung als auf dem Boden der bestehenden Ko-  
alition aller Voraussicht nach nicht möglich.

Fortmann rechnet also damit, daß die Sozialdemokratie  
zur Fortsetzung der Koalition bereit sei, wie ja die Rich-  
tung des „Vorwärts“ die Notwendigkeit der Koalition  
in ihrer jetzigen Gestalt seither entschieden betont hat.  
Indessen ist innerhalb der Mehrheitssozialdemokratie die  
Stimmung für den Anschluß nach links wesentlich stärker  
geworden und der Antrag der Genossen Stampfer und  
Kriger (Redakteure des „Vorwärts“) auf Zusammen-  
gehen mit den Linkssozialisten ist jüngst von der Ver-  
sammlung der Parteimitglieder Groß-Berlins angenommen  
worden. Die Partei befürchtet, daß sonst die Wähler-  
massen ins Lager der Unabhängigen oder der Kommuni-  
sten abzuwandeln könnten. Von Seiten der Gewerkschaften  
wird kein Hehl mehr gemacht, daß sie die politische So-  
zialdemokratie ablehnen wollen. Der Gewerkschaftsführer  
Professor Leuschicht es im „Firn“ offen aus, die  
Sozialdemokratische Partei sei auf dem Weg, eine über-  
flüssige Organisation zu werden, da sie von den Gewer-  
schaften aufgegeben werde. Je schwächer die sozialdemo-  
kratische Partei durch den Krieg geworden sei, desto stärker  
werde die neue Arbeiterpartei durch die Revo-  
lution werden. Die Gewerkschaften haben sich seit 1914  
von 2,5 auf 7,5 Millionen Mitglieder gehoben; sie sind  
politisch geworden. Die Fronte der Geschichte, sagt  
Leuschicht, hat es gewollt, daß der erste politische Massen-  
streik, den Deutschland gesehen, von der gleichen General-  
kommission der Gewerkschaften geleitet wurde, die vor  
dem Kriege schon in Aufregung kam, wenn nur das  
Wort Generalstreik fiel. Heute erblicken die Gewerkschaf-  
ten, wie das „Korrespondenzblatt“ schreibt, in dem Ge-  
neralstreik „die erste Probe einer großangelegten poli-  
tischen Aktion“ und in den acht Punkten der Forderungen  
vom 20. März, in denen die Gewerkschaften einen ent-  
scheidenden Einfluß auf die Regierungen und die wirt-  
schafts- und sozialpolitische Gesetzgebung verlangen, die  
berechtigte und notwendige Zertrümmerung der Weimarer  
Verfassung.

Das „Korrespondenzblatt“ schreibt ganz offen darüber:  
„Die Gewerkschaften können diese Forderungen nicht durch-  
setzen, ohne ernsthaft an das parlamentarische Gebilde unserer  
Reichs- und Staatspolitik zu rühren. Sie mußten sich als  
einen neuen Faktor im politischen Leben einschalten, mit dem  
Regierung und Parlament sich vor allem über entscheidende  
Schritte zu verständigen haben. Es mag demokratische Doktri-  
nen geben, die eine solche Regelung als unvereinbar mit  
den verfassungsmäßigen Rechten der Volksvertretung empfin-  
den. Ihnen können wir das eine sagen: Ein Parlamentaris-  
mus, der in früheren Formen erstarrt, ohne sich um die lebendig  
wirkenden Kräfte des Volkes zu kümmern, ist eine Gefahr für  
das Gesamtwohl.“

Dem gegenüber beklagt Dr. Fortmann die Versuche,  
die von „unberühmter Seite“ gemacht werden, die bür-  
gerlichen Parteien in der Regierung von ihrem Ein-  
fluß zurückzudrängen, — ein Vorgang, der, wie die „D. Mlg.  
Ztg.“ meint, nur durch Zusammenschluß aller bürger-  
lichen Parteien ausgeschlossen werden könnte.

Dresden, 26. April. In einer Vertreterversammlung  
der sächsischen Sozialdemokratie verlangte der Fraktions-  
vorsitzende Sandermann, daß bei den Einigungsver-  
handlungen mit den Unabhängigen daran festgehalten  
werden müsse, daß die Demokraten in der Regierung  
bleiben. Der anwesende Abgeordnete Roske erklärte,  
der Kapp-Putsch hätte keine so weitgehenden Folgen haben  
können, wenn die Sozialdemokratie nicht außer Rand  
und Band gewesen wäre. Die Beteiligten seien außer  
Lüttich nur inaktive Offiziere gewesen, von denen er  
viele gegen sein Gefühl aus dem Heer hinausgeworfen  
habe. Der Putsch sei gekommen, weil Tausende von Offi-  
zieren und Unteroffizieren einer ungewissen Zukunft preis-  
gegeben wurden. Es gebe zurzeit keine andere Möglichkeit  
als die Koalition, weil man keine sozialistische Mehr-  
heit habe.

## Die Konferenz in San Remo.

San Remo, 26. April. Die Konferenz hat ihre Ar-  
beiten noch nicht abgeschlossen, sie wurde vertagt und  
wird im Mai in Brüssel wieder zusammentreten. Zu  
den Beratungen über die Wiedergutmachung werden auch  
Vertreter Deutschlands zugezogen werden.

Havas meldet, zwischen England, Italien und Frank-  
reich ist in den Hauptfragen eine Verständigung  
erzielt worden, die mehr durch Mißverständnisse als durch  
Meinungsverschiedenheiten verzögert worden sei. Es werde  
eine gemeinsame Erklärung erlassen, in der u. a. die  
deutsche Regierung aufgefordert werde, Vorschläge zu  
unterbreiten. Die Frist für die Wiedergutmachung (10.  
Mai) könne verlängert werden. Die Verbündeten seien  
geneigt, in Bälde den Betrag festzusetzen, den Deutsch-  
land unter Berücksichtigung seiner Zahlungsunfähigkeit  
zu entrichten habe. Deutschland müsse nun wieder an  
die Arbeit gehen. Ueber die Summen, die man aus  
den erhöhten Eisenbahn- und Posteinnahmen  
Deutschlands ziehen will, sei noch keine Entscheidung ge-  
troffen, das werde später in Paris geschehen.

Genf, 26. April. Wie verlautet, sind in San Remo  
Frankreich und Belgien über die Verlängerung der  
Besetzung auch im Rheingau (Frankfurt usw.) Zug-  
ständnisse gemacht worden, wogegen Frankreich eingewilligt  
hat, mit der deutschen Regierung sofort in Verhandlungen  
über die Festsetzung der Entschädigungssummen ein-  
zutreten. Bis zur völligen Tilgung der finanziellen  
Lasten wird aber Frankreich auf allen Bestimmungen des  
Friedensvertrags (also auch auf der Besetzung) bestehen.  
— Das Genfer „Journal“, das als Sprachrohr des fran-  
zösischen Auswärtigen Amtes gilt, nennt die Konferenz  
von San Remo ein „Blendwerk“.

San Remo, 26. April. Die „Europapresse“ meldet,  
der Gegensatz zwischen Lloyd George und  
Mittellinerseits und Millerand andererseits habe  
sich offensichtlich vertieft. Mittell ist für die Abrüstung  
aller Länder, auch Frankreichs, ohne die es keinen Friede-  
nsgedanken in Europa gebe. Bei der deutschen Regierung  
sei weniger schlechter Wille als Unfähigkeit und Schwach-  
heit zu bemerken. Die Erhöhung des Reichswehrbestands  
werde auch Frankreich zugestehen müssen.

Paris, 26. April. Der „Intransigent“ berichtet, die  
Konferenz werde für Deutschland wahrscheinlich ein Heer  
von 150 000 Mann bewilligen. Nach dem „Temps“ wird  
Frankreich auch fernerhin die Aufgabe übertragen, durch  
militärische Maßnahmen die Durchführung des Friedens-  
vertrags zu sichern. — Der „Matin“ schreibt, die Stärke  
des deutschen Heeres bleibe 100 000 Mann, nur die  
Polizeitruppe dürfe vermehrt werden. — Belgien unter-  
stützte die Forderung Frankreichs, das Ruhrgebiet zu  
besetzen. Belgien würde Duisburg und Düsseldorf zu  
besetzen haben.

„Echo de Paris“ erfährt, Millerand habe eine all-  
jährlich steigende Jahresleistung für 30 Jahre vorge-  
schlagen. Keine Jahreszahlung Deutschlands dürfe aber  
geringer sein als drei Milliarden. (Goldmark?)

London, 26. April. „Daily News“ warnen davor,  
daß trügerische Hoffnungen erweckt werden. In San  
Remo werde der Form nach England, in Wirklichkeit  
Frankreich siegen. Von einer Erleichterung des  
Friedensvertrags könne keine Rede sein. Bei einer noch-  
maligen Verletzung des Friedensvertrags werde die Be-  
setzung des Ruhrgebiets Deutschland kaum erspart wer-  
den. — Kriegsminister Churchill ist in voriger Woche  
nach San Remo abgereist.

Renier meldet, die Konferenz von San Remo habe  
auf Antrag des englischen Außenministers Balfour  
in den türkischen Friedensvertrag die Bestimmung auf-  
genommen, daß Palästina den Juden als „natio-  
nale Heimstätte“ zu überlassen sei; die Juden sollten die-  
selben Rechte wie die Araber erhalten und wie die  
Juden in anderen Ländern.

Berlin, 26. April. Die deutsche Regierung hat den  
Verbündeten mitgeteilt, daß die Reichswehr bis auf 17 000  
Mann aus der neutralen Zone zurückgezogen sei.

## Neues vom Tage.

### Dank der preuß. Generalynode an den Kaiser.

Berlin, 26. April. Die Generalynode der evangeli-  
schen Kirche Preußens beschloß in ihrer Schlusssitzung am  
Samstag eine Dankes Kundgebung an das Haus  
Hohenzollern und besonders an den Kaiser als  
den letzten Träger des Kirchenregiments in Preußen.  
Ferner wurde eine Erklärung beschlossen über die Bildung  
einer staatsfreien Volkskirche, die sich außerhalb  
des Parteilebens zu halten habe.

### Vorbereitungen zu den Reichstagswahlen.

Berlin, 26. April. In einer Sitzung der kommu-  
nistischen Vollzugsräte des Reichs, der auch Vertreter  
der revolutionären Betriebsräte beizuhören, wurde be-  
schlossen, für die bevorstehenden Reichstagswahlen in  
allen Wahlkreisen des Reichs kommunistische Bewerber,  
die sich auf die Rätebürokratur verpflichten, aufzu-  
stellen.

Magdeburg, 26. April. In einer Versammlung der  
Deutschdemokratischen Partei sprach der frühere Minister  
Schiffert, wie dem „Berl. Tagebl.“ berichtet wird,  
auch über den Kapp-Putsch. Er habe die Genossen  
Kapps auf das Gefährliche und Unmögliche ihres Pro-  
gramms aufmerksam gemacht, aber nicht mit ihm wei-  
terhandelt, sondern bedingungslos Unterwerfung ver-  
langt. Ein führender Sozialdemokrat habe ihm (Schiffert)  
vorgeworfen, daß er mit Kapp unterhandelt, er  
meinte, lieber Tausende von Arbeiterleichen, als eine Ver-  
handlung mit Kapp. Diese Auffassung habe er (Schiffert)  
nicht teilen können. Die Fortsetzung des Generalstreiks  
nach dem Sturz Kapps sei nicht zu billigen. Ein  
Führer der Gewerkschaften habe gesagt, er übernehme  
gegebenenfalls auch die Verantwortung für einen Bürger-  
krieg.

### Widerspruch gegen das Arbeitslosengesetz.

Berlin, 26. April. Der Reichsverband der deutschen  
Industrie hat bei dem Präsidenten der Nationalversamm-  
lung gegen die plötzliche Vorlegung des Arbeitslosenge-  
setzes durch die Reichsregierung, ohne daß der Industrie  
Gelegenheit zur Meinberung gegeben werde, Widerspruch  
erhoben und gebeten, nicht in die Beratung einzutreten,  
da der Gesetzentwurf die genaueste Behandlung in der  
Öffentlichkeit erfordere. Auch gegen das Wohnungs-  
gesetz, das die wichtigsten Verfassungsbestimmungen in  
Frage stelle, bestanden schwerste Bedenken.

### Eisenbahnerforderungen.

Berlin, 26. April. Die Eisenbahnbeamten  
haben von der Reichsregierung die sofortige Auszahlung  
von 1500 Mk. für den Mann verlangt; im Falle der  
Ablehnung würden die Folgen unüberschaubar sein. Die  
Regierung hat noch keine Entscheidung getroffen.

### Französische Salutaforgen.

Paris, 26. April. Zur Gekung der französischen Sa-  
luta sind verschiedene Ausfuhrgeetze erlassen worden.  
Verboden ist ferner die Einfuhr von Blumen aus Eng-  
land, Früchte, Südereien und dergl. aus Belgien, sowie  
einige Sorten Juwelen aus Holland.

### Die Finanzkonferenz des Völkerbunds.

Brüssel, 26. April. Zur Finanzkonferenz sind alle  
verbündeten und neutralen Mächte, sowie die englischen  
Kolonien mit Selbstverwaltung geladen. Die Vereinig-  
ten Staaten können sich amtlich oder halbamtlich beteiligen.  
Der Vorstand des Völkerbunds wird bestimmen, unter  
welchen Bedingungen Deutschland, Oesterreich und die  
übrigen dem Völkerbund nicht angehörenden Staaten ge-  
hört werden sollen.

### Der türkische Friedensvertrag.

Paris, 26. April. Die türkische Friedensabordnung  
unter Führung Lewsi Paschas, des früheren Vor-  
sitzers in London, wird den Friedensvertrag in Paris  
entgegennehmen und sofort nach Konstantinopel zurück-  
reisen. Wie verlautet, soll der Türkei ein Heer von  
nur 25 000 Mann zugestanden werden, wovon eine Kom-  
pagnie in Konstantinopel als Ehrenwache des Sultans  
bleibt. Konstantinopel soll im übrigen nur eine Poli-  
zeitruppe unterhalten. Der türkische Vertreter in San  
Remo äußerte, die Türkei werde den Vertrag nicht  
unterzeichnen.



### Vereinbarung zwischen Lloyd George und Millerand.

Paris, 25. April. Havas meldet aus San Remo: Millerand und Lloyd George hatten am Samstag eine Unterredung, die über zwei Stunden dauerte. Es scheint eine Einigung über folgende Fragen zustande gekommen zu sein: Entwaffnung Deutschlands, Wiedergutmachungen und gemeinsames Vorgehen der Verbündeten. Diese Vereinbarungen sollen dem Obersten Rat unterbreitet werden. Die Verbündeten sind entschlossen, von Deutschland so schnell als möglich die Ausbezahlung der Summen zu verlangen, die dieses als Wiedergutmachungen zu leisten hat. Die deutsche Regierung wird ermächtigt werden, durch einen Vertreter, der später von den Verbündeten berufen werden wird, über diesen Punkt ihre Meinung zu äußern. Diese unmittelbaren Besprechungen werden wahrscheinlich in Brüssel stattfinden.

Millerand erklärte den Berichterstattern von Reuters und Havas, was Deutschland an Truppen verlange, sei viel zu hoch. England und Amerika haben vor dem Krieg nicht 100 000 Mann gehabt zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Bevor man zustimmen könne, müsse Deutschland die wichtigsten Vertragsbestimmungen erfüllt haben, wie die Auslieferung des Artillerie- und Flugmaterial. Bis jetzt haben die Verbündeten nur einen schlechten Willen Deutschlands feststellen können, deshalb zweifle Frankreich an der Aufrichtigkeit Deutschlands. Es sei fraglich, ob der Vorschlag vom Obersten Rat angenommen werde.

### Der Streik in Ost-Lothringen.

Metz, 25. April. Die Streiklage ist unverändert. Zwischen Metz und Saarbrücken ist ein Autodienst eingerichtet worden. Die Post arbeitet mit reduziertem Personal. Telegraphen- und Telephonverkehr sind normal.

### Generalkreik in Venedig.

Venedig, 25. April. In einer Kaserne wurde ein Offizier von einem Soldaten erschossen. Im Zusammenhang damit erklärte die Arbeitskammer den Generalkreik.

### Stren.

Wien, 24. April. Im oberösterreichischen Wahlkreisgebiet traten die Beamten und Arbeiter wegen Nichterfüllung ihrer Forderung: Erhöhung ihrer Löhne um 150 Proz., in den Generalkreik.

Die Verhandlungen wegen Beendigung des Auslands der Industriebeamten sind gescheitert.

Amsterdam, 25. April. Der Hafenarbeiterstreik ist aufgehoben. Am Montag wird die Arbeit wieder aufgenommen.

### Das Urteil im Prozeß Caillaux.

Paris, 25. April. Caillaux ist zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Die von ihm verbüßte Unterdrückung wird in der Weise angerechnet, daß er im ganzen noch ungefähr 2 Monate Gefängnis zu verbüßen hat. Caillaux ist auch zur Zahlung der Kosten verurteilt worden, deren Betrag auf 52 000 Franken beschränkt wurde.

### Reutereri.

Mailand, 25. April. Wie dem „Avanti“ aus Wien berichtet wird, sind in Sewastopol und anderen Städten unter den Soldaten der Verbündeten Reutereri ausgebrochen, die blutig unterdrückt werden mußten.

### Krieg im Osten.

Amsterdam, 25. April. „Associated Press“ meldet aus Tokio: Nach Mitteilungen des japanischen Kriegsamt haben die japanischen Truppen bei Chilonowki in Ostsibirien 7500 Bolschewisten eine vernichtende Niederlage beigebracht.

Aus Chabarow wird berichtet, daß die japanischen Behörden in der Mandchurie verlangt haben, daß alle dort befindlichen tschechischen Truppen entwaffnet werden.

„Daily Herald“ meldet, Japan habe Sowjet-Rußland den Krieg erklärt und Amerika habe Japan freie Hand in Sibirien gelassen.

Die Bolschewisten sollen Hunderte von Japanern in Ostsibirien ermordet haben.

### Islamitischer Kongreß.

London, 25. April. Die den nationalislamischen Türken gestellte Frist zur Unterwerfung ist abgelaufen. Mustafa Kemal Pascha hat nach einer Konstantinopeler Meldung einen islamitischen Kongreß auf 14. April nach Angora (Anatolien) einberufen, zu dem auch Abgeordnete aus Afghanistan erschienen. Der Kongreß sollte ein gemeinsames Vorgehen des Islams beraten.

### Der Aufruhr in Mexiko.

Washington, 25. April. Nach dem Bericht des Kommandanten von Sonora haben sich weitere Nordweststaaten Mexikos dem Kampf gegen den Präsidenten Carranza angeschlossen. Das Marineamt der Vereinigten Staaten hat einige Kreuzer abgefannt.

Der amerikanische Stabschef der Atlantischen Flotte, Konteradmiral Britain, hat sich erschossen.

Rotterdam, 24. April. Laut „Nieuwe Rotterdamse Courant“ wurde im englischen Unterhaus von Regierungsseite die Meldung über den Rücktritt des Biskop von Irland, French, für unrichtig erklärt.

### Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 24. April.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. Dr. Kahl (D.Vp.): Der Reichsjustizminister hat in Bezug auf mich neulich des hannoverschen Königs Ernst August Wort auf die Professoren angezogen. Dieses lautet: Professoren, Juristen und Jägerinnen kann man überall für Geld haben. (Pfal.) Diese krasse schwere Beleidigung lasse ich mir nicht gefallen, auch nicht für meine Fraktion und für den Stand der deutschen Professoren. Ich fordere Zurücknahme und Ausdruck des Bedauerns. Durch Vermittlung des Herrn Präsidenten ist mir der Entwurf einer Erklärung des Ministers zugegangen, die aber unzureichend ist. Er folgt keine genügende Erklärung, so muß ich mir weitere Schritte vorbehalten.

Reichsjustizminister Bunk legt dagegen Verwahrung ein. Abg. Dr. Kahl habe seinerzeit von Bunkeladvokaten in brachwürdiger Weise gesprochen. Um ihm vor Augen zu führen wie verwerflich es sei, allgemeine Werturteile bei einem Stand zu fällen, habe er den Ausdruck des hannoverschen Königs angezogen, ohne sich diesen Ausdruck eines verröteten und moralisch verkommenen Menschen zu eigen zu machen. Ihm das zu unterstellen sei eine niedrige Verdächtigung. (Lärm links.)

Präsident Fehrenbach weist diesen Ausdruck zurück. Abg. Dr. Kahl (D.Vp.): Am Auslegen seid mir recht munter, legt ihrs nicht aus, so legt was unter. (Beifall rechts, Lärm links.) Ich rufe Deutschland zum Urteil darüber auf, ob ein Mann, der so leichtfertig mit der Ehre anderer umgeht, an der Spitze des Reichsjustizministeriums stehen kann.

Präsident Fehrenbach weist diesen Ausdruck zurück. Wäre ihm der Wortlaut des Ausspruchs jenes Königs gegenwärtig gewesen, hätte er ihn zurückgewiesen.

Der Ausschuss für die Geschäftsordnung beantragt, die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Becker-Doppla (S.) in einem Privatklagenverfahren nicht zu erteilen.

Der Antrag wird angenommen. Der gleiche Ausschuss stellt den gleichen Antrag betreffend die Abgeordneten Geiser-Leipzig (U.S.P.) und Dr. Geiser-Sachsen (U.S.P.) auf Grund einer Strafanzeige des Rats der Stadt Leipzig, weil politische Motive vorgelegen hätten, nicht aber eine ehelose Handlungsweise.

Der Antrag wird angenommen. Der gleiche Ausschuss stellt den gleichen Antrag betreffend den Abgeordneten Braß (U.S.P.) in der Landesverratsangelegenheit. Dagegen liegt ein Antrag vor, die Genehmigung zur Strafverfolgung zu erteilen und ein weiterer, die Sache an den Ausschuss zurückzuverweisen, da die Sache nicht genügend geklärt sei.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird der Antrag auf Zurückverweisung angenommen.

Der Gesetzentwurf betreffend das deutsch-französische Abkommen über die Zahlung der Ost-Lothringischen Pensionen wird in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt die 2. Beratung des Gesetzentwurfes betreffend den Uebergang der Eisenbahnen auf das Reich.

Abg. Dr. Becker-Essen (D.Vp.): Hoffentlich mögen die Länder die gewonnenen Vorteile nicht allzu rückwärts aus. Nur in dieser Hoffnung könne der Ausschuss die Annahme des Gesetzes empfehlen.

Reichsverkehrsminister Dr. Bell: Die Verantwortung für die Vorlage mit Einschluß ihrer gesamten finanziellen Wirkungen übernimmt die Regierung. Der Uebernahmepreis war durchaus angemessen. Die Reichsregierung könnte es nicht verantworten, den Antrag scheitern zu lassen. Das Personal verlangte die Uebernahme auf das Reich wegen der Besoldungsreform. Eine einheitliche Leistung ist auch erforderlich im Hinblick auf die örtlichen Streiks und Unruhen.

Abg. Ganderfer (Bayer. Vp.) erklärt, daß seine Partei gegen das Gesetz stimmen werde.

Der Gesetzentwurf wird angenommen.

Bei der 2. Beratung des Gesetzentwurfes betreffend Post- und Fernsprechtarife bemängelt Abg. Fischer-Berlin (S.) eine Reihe von Verteilungen.

Abg. Teimbörn (S.) beantragt, die Gebührenerhöhung für Zeitungen erst am 1. Oktober in Kraft treten zu lassen, womit Minister Gieseler einverstanden ist.

Abg. Kulsche (D.Vp.): Die Postgebühren dürfen nur vorübergehend sein. Sie treffen den Verkehr vernachlässigend.

Abg. Bruhn (D.Vp.): Das Zeitungsgewerbe und die kleinen Verlage sind mit dem Kurs bedroht. Der Ausschuss bis 1. Oktober ist mindestens notwendig.

Der Antrag wird angenommen.

### Vermischtes.

Der 1. Mai. Der preussische Kultminister Hähnisch hat es jedem Lehrer und Schüler freigestellt, am 1. Mai von der Schule wegzubleiben.

Die Arbeitgeberverbände Groß-Berlins haben sich geeinigt, den am 1. Mai feiernden Arbeitern und Angestellten keine Löhne auszubahlen.

Milchgebur. Eine Ziege von Fritz Hommel in Ueberkingen warf vor kurzem drei Kitzchen, wovon eines viel Ähnlichkeit mit Hunden hat. Der Leib und die Fäße des Tieres gleichen dem eines Hundes, die breite Brust und die Vorderfüße erinnern an einen Dachs. Der Kopf ist ein formvoller Hieghopf und zeigt Spuren zu Hornwuchs. Das Tier ist munter, doch verleugnet es seine Rasse. Sein Benehmen gleicht laut „Süppinger Zeitung“ eher einem jungen Hund als dem eines Kitzchens.

Bahnhofbrand. Infolge eines Kaminschadens brach im Bahnhofgebäude in Rempten i. A. ein Brand aus. Die Wartehalle und der Königsalon mußten geräumt werden.

Geldschmuggel. In Kiel wurden zwei Männer und eine Frau aus Berlin verhaftet, die Gold- und Silberbarren im Wert von drei Millionen in einem Motorboot nach Dänemark schaffen wollten.

Vierstreck. Die Wirte in Braunschweig haben aus Anlaß der Erhöhung des Bierpreises um 100 Prozent beschloffen, kein Bier mehr zu vergarfen.

Unfere ausgelieferten Lokomotiven. Der französische Minister der öffentlichen Arbeiten stellte kürzlich fest, daß Deutschland in Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen 2083 Lokomotiven abgeliefert hat. Frankreich hat davon 697 an die anderen Verbündeten abgegeben.

Torfwirtschaft in Holland. Wegen der Kohlennot werden die Torfmoore in Holland stärker ausgebeutet. Die Erzeugung hat nun über die Hälfte zugenommen und beträgt jetzt etwa 2 1/2 Millionen Stück Torf, die einen Heizwert von einer halben Million Tonnen Steinkohlen haben, ein Fünftel des Brennstoffbedarfs.

Der große amerikanische Einkauf. Die Amerikaner machen sich den schlechten Stand der Valuta in Europa meldlich zunutze und sie kaufen nicht nur Grundstücke, Hotels, Fabriken, Landgüter auf, sondern auch Waren aller Art, deren sie nur irgend habhaft werden können. Nachdem Deutschland nahezu ausverkauft ist, kommt nun Italien und besonders Frankreich an die Reihe, dessen Valuta in den letzten Wochen durch geschickte Aktienmanöver der Amerikaner immer mehr gesunken ist bis auf ein Drittel des Stands vor dem Krieg. Die französischen Blätter sind voll von Klagen, daß die Engländer und namentlich die Amerikaner in wenigen Tagen für einige Milliarden Franken Waren aufkauften haben, so daß der Schiffsraum kaum ausreicht, sie zu befördern. Die ganze Erzeugung der Seidenindustrie Frankreichs sei für mindestens ein Jahr nach England und Amerika ausverkauft, Kraftwagen und Maschinen seien kaum mehr zu bekommen. Die wertvollsten Gebäude in Paris gehen in die Hände der Verbündeten über und die Industrie werde mit Aufträgen aus Amerika überhäuft — zum gegenwärtigen Geldkurs. Obgleich die Fremden hohe Preise bezahlen, kaufen sie doch wegen der Valuta fast um die Hälfte billiger ein, als sie für die Waren im eigenen Land bezahlen müßten; während in Frankreich die Preise allmählich in unerhörter Weise steigen und eine nie dagewesene Teuerung herrscht!

Die französische Regierung will Maßnahmen treffen, um die Verschleuderung des Nationalvermögens und der Kunstwerke einzudämmen. Das Reuterische Bureau meldet, die Vereinigten Staaten haben im Monat März d. J. für 484 Millionen Dollar, nach heutigem Valutastand etwa 24 Milliarden Mark, Waren eingeführt und damit die bisher höchste Einfuhrziffer im Januar d. J. noch um 10 Mill. Dollar überboten.

Das französische Silbergeld. Frankreich wird bekanntlich die lateinische Münzunion kündigen, da es bei dem heutigen Preisstand des Silbers die Silbermünzen nicht mehr nach dem Münzfuß der Union (90 Prozent Feingehalt) ausprägen kann. Es zieht daher jetzt seine Silbermünzen aus den Ländern der Münzunion zurück. (Die Silbermünzen jedes an der Münzunion beteiligten Landes haben Umlaufwert in diesen Staaten.) Dieser Rückgang ist aber teilweise mit sehr hohen Kosten verbunden. So befinden sich in der Schweiz, dessen Franken einen sehr hohen Kurswert hat, für etwa 50 Millionen französische Franken, die zum Schweizer Kurs zurückgekauft werden müssen. Seit dem Beginn des Sinkens der französischen Valuta sind von Spekulanten viele Millionen französisches Silbergelds in die Schweiz verschoben worden mit der Hoffnung auf den Gewinn, der ihnen jetzt in den Schoß fällt.

## Die wilde Hummel.

Novelle von Esich Friesen.

(Fortsetzung.)

19

Die „Frau Tante“ hatte ihr vorhin im Laufe des Gesprächs freundlich und bestimmt erklärt, sie heiße von nun an „Diane Areballo“ und werde „gnädiges Fräulein“ tituliert werden.

Mit Mühe verbeißt sie die aufsteigenden Tränen. Ihr ist, als falle mit dem gewohnten Namen „Hummelchen“ die frohe Kindheit von ihr ab und sie schaue in eine dunkle Zukunft, hinter deren glänzendem Schleier sich Krümmen und Sorge verbergen.

Noch nicht lange währt diese sentimentale Aufwallung.

Schon als die „Frau Tante“ sie gleich nach dem Tee durch die ganze Villa führt und ihr sämtliche Zimmer zeigt, von denen eines immer mehr Hummelchens Verwunderung erregt als das andere — da strahlen die schwarzen Augen wieder in hellem Jugendfrohsinn, und die frischen Lippen umspielt das gewohnte herzige Grinsen.

Auch die Bekanntschaft der gerühmten Jeannette ist rasch gemacht. Nur wundert sich Hummelchen höchlich, daß die elegante junge Dame, die sich ihr mit einem Knig als „Jeannette, die Hofe des gnädigen Fräuleins“, vorstellt, die ausgestreckte Hand nicht zu bemerken scheint und sich mit einem scheuen Blick auf die Frau Tante verlegen abwendet.

„Ein bißchen stolz!“ denkt Hummelchen. „Aber das wird sich schon geben!“

Am nächsten Vormittag schon fährt Gräfin Klothilde mit ihrem Mädel zu Gerson.

Ein halbes Duzend junger Verkäuferinnen schleppt Wunderwerke von Stoffen und Spitzen und Stickereien und fertigen Kostümen herbei, und die Direktrice selbst läßt sich herab, bei „dem gnädigen Fräulein“ Maß zu nehmen. Augenscheinlich steht Ihre Eggellenz die Frau Gräfin von und zu Bättinghausen hier in hohem Ansehen. Und die neugierigen Blicke der Verkäuferinnen lassen vermuten, daß man auch bereits in die romantische Geschichte des schönen großen Mädchens eingeweiht ist, das mit so selbstverständlicher Sicherheit in ihrem unmodernen, billigen „Bähnchen“ vor ihnen steht.

Die wilde Hummel versteht nicht die vielsagenden Blicke, die die „Frau Tante“ und die Direktrice austauschen, wenn ein besonders geschmackvolles Kostüm die herrliche Figur des jungen Mädchens aufs vorteilhafteste hervorhebt ... versteht nicht die ungekünstelte Bewunderung, mit der Jeannette heute früh das goldbraune Haar ihrer jungen Herrin büstete und kämmte und flucht und dabei wiederholt murmelte: „Wie wundervoll! Und alles echt! Sogar die Farbe!“ ... versteht nicht, weshalb die Frau Tante am zweiten Tage ihrer Ankunft sie lange durch ein seltsam langgestieltes Ding mit zwei runden Gläsern, das sie vor beide Augen hielt, angeblickt, sie dann umarmt und enthusiastisch ausgerufen hatte: „Kind! Du hast eine große Zukunft vor dir! Die ganze Berliner Gesellschaft wird Dir zu Füßen liegen!“

Aber wiederholt muß sie bei derlei unverständlichen Bemerkungen an den blonden Jüngling denken, der damals so urplötzlich in ihre Wästen einsamkeit hineingeschnitten war und der auch öfters eine ähnliche komische Sprache führte.

Das ist sicher „Berliner-Deutsch“ denkt sie und grübelt nicht weiter darüber nach.

Nicht Tage sind bereits vergangen. Und noch niemand von Gräfin Klothildes vielen Freunden und Bekannten hat Hummelchen zu Gesicht bekommen.

Wenn unten vor dem hufeisernen Tor ein Auto vorfährt und gleich darauf der Diener irgend einen hoch klingenden Namen oder Titel meldet — so wird das „gnädige Fräulein“ sofort nach ihrem Zimmer geschickt, mit der freundlichen Weisung, sich nicht blicken zu lassen, so lange der Besuch da ist; Franz werde sie später wieder holen.

„Hummelchen einmal nach dem Grund dieses seltsamen Gebahrens fragt — da lacht Ihre Eggellenz leise auf, nimmt dem reizenden Mädchenskopfe zwischen ihre schwachen Händchen und lispelt:

„Kleine Unschuld! Die Berle bedarf erst der würdigen Fassung, um im richtigen Glanz zu erstrahlen. Wort nur, wenn die Direktrice bei Gerson mit allem fertig ist! Dann —“

Was das Abhängigkeitsgefühl des jungen Mädchens noch mehr empört, als dieses „Einsperren“, wie sie es nennt, ist, daß man ihr verboten hat, allein auszugehen.

Freilich fährt sie fast jeden Tag mit der „Frau Tante“ in dem eleganten blauen Automobil in die Stadt hinein — und die Inhaber der vornehmsten Geschäfte unter den Linden und in der Leipziger Straße buckeln fast bis zur Erde, wenn die beiden Damen eintreten und sich die wundersamsten Gegenstände, deren Bezeichnung und Bedeutung das einfache Naturkind zumeist gar nicht kennt, vorlegen lassen.

(Fortsetzung folgt)





**Reisen nach der Schweiz.** Man schreibt den „Konstanzer Nachrichten“: Schon lange erhebt die Schweiz im großen Grenzverkehr beim jeweiligen Grenzübertritt (also Hin- und Rückfahrt) eine Kontrollgebühr von je 50 Rappen, bei persönlicher Meldung in den einzelnen Orten in der Schweiz jeweils 2, 3 oder 5 Franken als Gebühr, während bei uns im Deutschen Reich in allen diesen Fällen der Ausländer keine Gebühren zu entrichten hat. Es wäre recht und billig, daß die Ausländer, namentlich die Schweizer, entsprechend ihren Maßregeln bei Grenzübertritten oder persönlichen Meldungen die gleichen Gebühren in Schweizer Geldwährung oder höherem deutschen Geldbetrag zu entrichten hätten. Dadurch würde dem Staat manches Summchen zugeführt werden können. Wenn die Schweizer Behörden bei Reisen über die Strecke Gottmadingen—Erzingen nach Waldshut oder weiter jeweils eine Gebühr von 37,5 Franken erheben, könnten ja die deutschen Behörden von den Schweizern, die mit dieser Bahn die deutsche Strecke durchfahren, den gleichen Betrag oder 400 M. erheben. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig.

**Württemberg im Ruhrgebiet.** Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Zur Durchführung der Entwaffnung im Ruhrgebiet sind württembergische Reichswehrverbände in Herlohn und Umgebung eingerückt. Im Ruhrgebiet wurden die Orte Reheim-Hüsten, Bruchhausen ebenfalls von Württembergern besetzt. Bayerische und preussische Truppen sind mit der weiteren Entwaffnung der Bevölkerung in Hamm, Bielefeld, Dortmund und Umgebung beauftragt. Die bayerische Fliegerabteilung wird nach Schleißheim, die württembergische nach Böblingen abtransportiert.

**Die Württ. Sozialisierungskommission** hat Grundlinien aufgestellt, nach denen Grundbesitz, insbesondere Fideikommissbesitz, im Rahmen des Paragr. 60 Abs. 1 der Verfassung aufgeteilt werden kann.

**Hochschulstudium der Volksschullehrer.** In einer Bekanntmachung der Ministerialabteilung für die höheren Schulen werden die Bestimmungen veröffentlicht für die Volksschullehrer, die eine Ergänzungsprüfung ablegen wollen zum Erwerb eines Reisezeugnisses. Die Prüfungen sind im Rahmen der regelmäßigen Reiseprüfungen der einzelnen Vorklassen abzugeben.

**Aus der Lederindustrie.** Für die württ. Lederindustrie wurden neue Tarife für die Zeit vom 1. Mai bis 1. November ds. Js. festgelegt. Die Mindestlöhne betragen für Arbeiter über 20 Jahren in der Stunde 4.10—4.50 M., für Hilfsarbeiter 3.90—4.30 M. und für Arbeiterinnen 2.20—2.60 M. Für Stuttgart kommt noch ein Zuschlag von 20 Pfg. für die Stunde hinzu.

**Kein Butter nach auswärts.** Wie amtlich mitgeteilt wird, ist seit letzten Herbst keine Butter mehr aus Württemberg nach auswärts abgegeben worden.

**Lohnstarif der landw. Arbeiter.** In Verhandlungen am 22. April wurde folgender neue Lohnstarif für die landw. Arbeiter in Württemberg festgesetzt: Vom 1. Mai ds. Js. an wird ein Zuschlag von 25 Prozent auf sämtliche Sätze des Lohnstarifs gewährt. Für landw. Tagelöhner und Tagelöhnerinnen mit und ohne Verpflegung beträgt dieser Zuschlag 40 Prozent. Eine endgültige Regelung wird in Aussicht genommen in der Erwartung, daß die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse für das Jahr 1920 eine entsprechende Regelung erfahren. Ohne eine namhafte Erhöhung dieser Preise wäre nach der Erklärung der Arbeitgeberverbände an eine weitere Anpassung der landwirtschaftlichen Löhne an die Löhne der Industriearbeiter nicht zu denken.

**Bruschkprämie.** Amtlich wird mitgeteilt: Mit Rücksicht auf die politischen Unruhen der letzten Zeit, die in vielen Kommunalverbänden die Ablieferung von Brotgetreide und Gerste stark beeinträchtigt haben, ist der Zeitraum für die Zahlung der Höchstprämie von 300 M. für die Tonne Brotgetreide und Gerste bis 15. Mai verlängert worden. Dementsprechend tritt die Senkung der Preise um 100 M. erst nach dem 15. Mai ein. Die Höchstprämie ist jedoch auch nach dem 15. Mai zu gewähren, wenn die Ablieferung des Getreides aus Gründen, die der Lieferer nicht zu verantworten hat, verzögert wurde.

**Die neue Postgebührenordnung.** Vorbehaltlich der Zustimmung der Nationalversammlung ist beabsichtigt, nur die Erhöhung der Brief- und Paketgebühren am 1. Mai einzuführen. Der neue Zeitungs- und Telephon- und Telegraphengebühren sollen frühestens am 1. Juli in Kraft treten, um den Inhabern von Fernsprechanlagen die Möglichkeit rechtzeitiger Abmeldung zu geben.

**Polizeistunde.** Die Betriebsstundendeckelung für Gastwirtschaften, Cafés, Theater, Lichtspielhäuser usw. wird für sämtliche Gemeinden vom kommenden Samstag ab auf abends 11 Uhr festgesetzt. In bringenden Fällen können die Oberämter eine Verlängerung, jedoch nicht über 12 Uhr abends hinaus, gestatten.

**Wie das japanische Papier gemacht wird.** Japanisches Papier genießt bei uns einen hohen Ruf, und Vordrucke, die aus solch köstlichem Stoff hergestellt sind, bilden das Entzücken jedes Bücherfreundes. Daß auch das japanische Holzpapier seine Vorzüge besitzt, läßt sich aus der Art der Fabrikation erkennen, über die im „Neuen Orient“ eingehend berichtet wird. Seit Jahrhunderten wird in Japan die Papierfabrikation betrieben. Man verwendet zur Herstellung von Holzpapier die ähren und biegsamen Blattfasern einiger besonders geeigneten Baumarten, die lange Jahre Fasern besitzen. Diese Fasern werden nun nicht durch Schneiden oder Hacken zu Papierbrei verarbeitet, sondern durch Schlagen und Stampfen, so daß die Fasern unverletzt bleiben. Dabei wird darauf geachtet, daß die gleichlaufenden Fasern immer von links nach rechts zu liegen kommen; deshalb kann das japanische Papier leicht nur in der anderen Richtung zerrissen werden. Da das Papier nicht besonders geleimt oder mit Glanz versehen wird, besitzt jeder Bogen als Folge des Trockenprozesses eine rauhe und eine glatte Seite; man spannt nämlich die hergestellten Blätter auf eine glatte glatte Holz-

platte zum Trocknen, wodurch die auf der Platte ruhende Seite des Bogens bedeutend glatter wird als die obere Fläche. Da nur die glatte Seite bedruckt wird und die rauhen Flächen beim Binden zusammengelegt werden, so bestehen die japanischen Bücher eigentlich aus Doppelblättern von dünnen Bogen. Das japanische Papier ist sehr durchlässig und eignet sich wenig zum Beschreiben mit Tinte und Feder. Für den Gebrauch der horstentartigen Schreibstifte und der ostindischen Tinte, die die Japaner beim Schreiben benutzen, ist es aber sehr gut. Das japanische Papier hat meistens eine gelbliche Farbe, da man ein Bleichungsverfahren in Japan nicht kennt.

### Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

**Geldmarkt.** Die Valuta hält sich bei geringen Schwankungen nimmend schon seit mehr als einer Woche auf derselben Höhe. Die Mark kam Freitag aus der Schweiz mit 9,20 Rappen und verfolgt anscheinend wieder eine leicht aufwärtssteigende Tendenz. An den deutschen Börsenplätzen ist der Geldmarkt flüssig, der Privatdiskont unverändert und tägliches Geld sehr leicht. Im Gegensatz dazu beginnt das Ausland seinen Zinsfuß allgemein heraufzusetzen.

**Werte.** Die Tendenz war bis gegen Schluß der Woche matt. Das Verkaufsbedürfnis des Publikums und die Neigung zu Statistellungen durch die Berufsspekulanten erklärte sich aus der Sorge vor starken Positionslösungen der Warenhandelskreise, die gewaltige Lager zu unnütigen Preisen aufspeichern haben, und nun, wo sie befürchten müssen, sie nur mit bedeutenden Verlusten verkaufen zu können, an der Effektenbörse Entlastung suchen. Am meisten litten die sogenannten (ausländischen) Beschlagnahmepapiere. Gegen den Schluß der Woche trat aber wieder eine Erhöhung ein, wobei namentlich Schiffahrtsaktien stark gekauft wurden. Die festverzinslichen Anlagewerte waren gut behauptet. Reichsanleihe schloß mit 7 1/2%, 4proz. Württemberger mit 9,50, die neuesten Reichsschatzanweisungen mit 9—9,0.

**Produktenmarkt.** Das günstige Frühjahrsmeteor tat weiter seine Wirkung bei der Preisermäßigung der im freien Handel befindlichen Bodenerzeugnisse. In Berlin gilt der Zentner Hafer 150—160 Mark. Heu, Stroh und Erbsenmittel gehen fortgesetzt zurück. Auch die Preise für Hülsenfrüchte bewegen sich bei geringem Geschäft auf absteigender Linie. Heu ist übrigens jetzt der Zentner um 20 Mark angeboten, nachdem es noch vor vier Wochen 100 Mark gekostet hat.

**Warenmarkt.** Kapitalkräftige Großhändler und Detailisten halten an den hohen Preisen sehr fest. Das gibt einen Kampf zwischen dem Händler und Erzeuger auf der einen und dem Abnehmer auf der anderen Seite. Die Kohlenpreise freilich stehen vorläufig noch weiter an; sie sind eben Inlandsprodukt dem die amerikanische Konkurrenz bis jetzt nur in der Schiffschiffahrt beikommt. In den Eisenpreisen dagegen bricht der Abnehmer langsam Bahn. Schrottpreise, die im August 1919 2000 Mk., im Februar 1920 2800 Mk. kosteten, sind jetzt mit Kernschrott auf 1100 Mk. für die Tonne gefallen. Stabeisen dagegen kostet noch 5000 bis 6000 Mk. die Tonne. In Garnen und Webstoffen gehen die Preise gleichfalls herunter. Die letzte Stuttgarter Garnbörse verzeichnete für Baumwollgarne einen Abschlag von 15—20 Mk. für das Kilo und für Baumwollgewebe einen solchen von 0,50—1,50 Mk. auf das Meter. In Schuhwaren hat die Nachfrage gewaltig nachgelassen, aber hier folgen die Preise nur zögernd, obgleich die Häute erheblich billiger geworden sind. Ueberaus groß ist das Angebot in Drogen und Chemikalien, wo die Hamsterlager jetzt mit Verlust am Tageslicht kommen und die Preise stark fallen.

**Viehmarkt.** In den Viehpreisen hat sich letzte Woche nicht viel geändert. Die Preislenkung in Ferkeln vollzieht sich zögernd; man bezahlt immer noch 250—300 Mk. für ein schönes Stück. Am meisten behaupten sich zur Zeit noch die Pferdepreise. Die Viehpreise sind wegen der Seuche schwer zu kontrollieren.

**Hofmarkt.** Die Hoffnung, daß die Holzpreise weiterhin rasch fallen werden, hat sich in dieser Berichtswocde nicht erfüllt; der Preisstand ist ungefähr dem der Vorwoche gleich geblieben.

## Württemberg.

**Stuttgart, 25. April.** (Vom Landtag.) Der Volkswirtschaftliche Ausschuss hat den Antrag des Bauernbunds auf Aufhebung der Zwangswirtschaft mit 17 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Ein weiterer Antrag des Bauernbunds, falls die Aufhebung der Zwangswirtschaft abgelehnt würde, will, daß ein Landumlage für Brotgetreide eingeführt werde, die den Bedarf der minderbemittelten Bevölkerung decken soll. Die Vertreter der Mehrheitsparteien sprachen sich dagegen aus, ebenso gegen den Antrag, die Bewirtschaftung der Viehbestände aufzuheben und den freien Marktverkehr wiederherzustellen. Ein Abgeordneter des Bauernbunds erklärt die behördlichen Bestimmungen bezüglich der Schweinezucht für verfehlt. Von der Erhöhung der Höchstpreise dürfe man sich nicht viel versprechen, die Schweinezucht müsse freigegeben werden. Minister Graf führt aus, die Aufhebung der Viehwirtschaft in der Pfalz durch die französische Behörde habe wohl ein außerordentlich hohes Angebot von Vieh herbeigeführt, aber darauf sei Mangel eingetreten. Wenn Württemberg allein die Zwangsbewirtschaftung aufheben würde, so würde das Vieh nach Norddeutschland ausgeführt. Ein Redner des Zentrums und der Sozialdemokratie sprachen ebenfalls gegen die Aufhebung.

Der Bauernbund stellt den Antrag, daß die hohen Zuschläge auf Kunststoffe aufgehoben und die Frachten ermäßigt werden sollen. Minister Graf erwiderte, die Zuschläge bezwecken den Preisausgleich in Beziehung auf die Frachten und liegen im Interesse der für deutschen Landwirtschaft. Die württ. Regierung habe gegen die hohen Margarinepreise Widerspruch erhoben. Ueber die Aufhebung der Weinhöchstpreise waren die Ansichten geteilt.

Die Vertreter der Mehrheitsparteien stellten den Antrag der Landtag wolle beschließen: 1. Der Landtag bewilligt die Beibehaltung der öffentlichen Bewirtschaftung von Brotgetreide, Hafer, Kartoffeln, Fleisch, Eier Fett und Milch solange die Beschaffung der notwendigen Lebensmittel im Ausland zu einem erträglichen Preis unmöglich ist. Es soll aber ein allmählicher Abbau erstrebt werden durch Förderung der Erzeugung, Beschaffung von Kraftfutter und Kunstfärbungen der Erzeugnisse (nützlichem Staatsbeitrag), durch Gewährung angemessener Preise für die Erzeuger. Den Selbstverpackern sollen ausreichende Rationen zugestanden, aber für volle Ablieferung Sorge getragen werden (Zwangsvorschriften nur gegen schuldhaft Säumige). Die Erfassung soll landw. Vereinigungen übertragen werden. Zwischen Erzeuger und Bedarfsgemeinden usw. sollen Lieferungsverträge geschlossen werden dürfen. Ferner soll in Berlin darauf hingewirkt werden, daß statt der Marmelade-Einmachzucker verteilt wird, nützlichem unter Kürzung der Zuteilung an die Schokolade- und Zuckerindustrie. Für Molzkaffee soll eine entsprechende Menge Gerste freigegeben werden.

**Stuttgart, 25. April.** (Zusammentritt des Landtags.) Die nächste Vollsitzung des Landtags ist auf Donnerstag, den 29. April, nachm. 4 Uhr, festgesetzt worden.

**Stuttgart, 25. April.** (Betriebsräte der Eisenbahn.) Das Amtsblatt der Württ. Verkehrsanstalten veröffentlicht die Verordnung über die Bildung von Betriebsräten bei der Verwaltung und bei den Werkstätten, bei Dienststellen und Behörden, die in der Regel mindestens 20 Arbeiter beschäftigen. Wahlberechtigt sind alle männlichen und weiblichen Arbeiter von 18 Jahren an.

**Stuttgart, 25. April.** (Die Handgranate.) Im Januar d. J. ließ sich der damalige Führer der Polizeiwache, Hauptmann Holzmann, bei St. Bernhard (Eßlingen) im Werfen von Handgranaten unterweisen. Der 13jährige Emil Silberhorn von Waldenbrunn war nach geschickten, um die Übung mitanzusehen. Er wurde von einem Granatsplitter tödlich verletzt. Holzmann wurde, weil er zur Übung einen ungeeigneten Platz gewählt habe, zu drei Tagen Gefängnis verurteilt.

**Stuttgart, 25. April.** (Hotelverkauf.) Wie das „D. B.“ mitteilt, hat der Aufsichtsrat des kath. Vereinsthauses „Europäischer Hof“ mit einer bauernbändlerischen Vereinigung bereits einen Kaufvertrag von 1/2 Million abgeschlossen. Die Generalversammlung habe aber noch zu dem Verkauf Stellung zu nehmen.

**Obertürkheim, 25. April.** (Leichenfund.) Aus dem hiesigen Friedhof wurde die Leiche eines acht Tage alten Kindes, das erst beerdigt worden war, gefunden. Bei der Leiche ausgegraben hat, ist noch nicht festgestellt.

**Welzheim, 25. April.** (Ertrunken.) Hirschwirt David Dög von Ebni fiel abends auf dem Heimweg von Kaisersbach in den Obnisee und ertrank.

**Tübingen, 25. April.** (Von der Unversität.) Die im Gemeinderat angegebene Zahl der hiesigen Studierenden, etwa 3600, ist nach der „Tüb. Chronik“ nicht zutreffend. Die bisherigen Anmeldungen erreichen diese Zahl bei weitem nicht.

**Nürtingen, 25. April.** (Preisüberschreitung.) Wegen Ueberschreitung des Erzeugerhöchstpreises für Molk und Steuerhinterziehung wurde Schultheiß Knödel von Altdorf zu 5000 M. Geldstrafe verurteilt. Außerdem erkannte das Schöffengericht auf Einziehung des Ueberschusses von 1324 M. und auf eine Steuerstrafe von 2100 M.

**Leutkirch, 25. April.** (Diebstahl.) Im Gasthof zur „Post“ wurde dem Besitzer die Geldbörse mit namhaftem Inhalt gestohlen, ferner wurde der eiserne Geldschrank beraubt und goldene Uhren, Schmuckgegenstände usw. entwendet. Der Dieb, der sich unter dem Sofa versteckt hatte, ist entkommen. — In Dittmannshausen haben zwei junge Burken den Opiersack samt Inhalt geraubt.

**Wurzach, 25. April.** (Geringe Kauflust.) Bei der Kuchholzersteigerung der hiesigen Stadtpflege wurden im allgemeinen so niedrige Angebote gemacht, daß sich die Verkäuferin genötigt sah, zu diesen Angeboten das Holz nicht abzugeben. Es wird ein neuer Verkauf angezettelt werden.

## Baden.

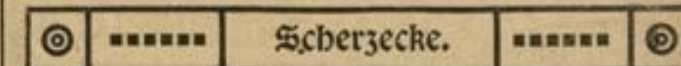
**Ettlingen, 25. April.** Beim Holzführen hieb der 20jährige Hausbursche Gg. Bonn aus Stupersich auf die Pferde mit einer Jagdstinte los. Dabei entlud sich die Waffe und Bonn wurde getötet.

**Mannheim, 25. April.** Wie die „Mannh. Volksstimme“ mitteilt, hatte die Stadtverwaltung durch Vermittlung von Stadträten der Unabh. Soz. Partei in Magdeburg für 1 Million Mark Fleischkonserven gekauft. Als die Konserven hier eintrafen, machte man die Entdeckung, daß ein Teil ungenießbar war und die Konserven nicht aus Rauch- und Rindfleisch, sondern aus Pferdefleisch bestanden. Der Inhalt der Dosen sollte teilweise auch Gulasch, Blut- und Leberwurst mit Honig mit Reis sein; es war aber der schlechteste Abfall der sonst zur menschlichen Ernährung unbrauchbaren Fleischteile (!). Der Stadtrat hat die Annahme dieser „Konserven“ verweigert. Die Magdeburger Firma hat nun, um sich ihrer Verpflichtung zu entziehen, den Konkurs angemeldet.

**Müllheim, 25. April.** Eine Witwe, der vor einigen Wochen 80 M. für den Zentner Heu geboten wurde, gab sich damit nicht zufrieden, da sie auf einen höheren Preis rechnete. Nunmehr, angesichts des äppigen Grasschnittes, der eine erstklassige Futterernte in Aussicht stellt, hat sie ihre gesamten Heuvorräte zu 13 M. pro Ztr. losgeschlagen.

**Vörsach, 25. April.** Die Tarifverhandlungen im badischen Textilgewerbe sind gescheitert. Die Stundenloshöherungen bewegen sich bei Tagelohnarbeitern und Arbeiterinnen zwischen 25 und 60 Pfg. und bei Akkordarbeitern zwischen 60 und 70 Pfg. Diese Forderungen wurden von den Fabrikanten abgelehnt.

**Blumberg** (Amt Donaueschingen), 25. April. In Froburg wurde die in Altdorf wohnende Marie Gantner wegen Schieberereien verhaftet. Vor Jahresfrist kam dieselbe nach Altdorf, um sich dort als „Naturärztin“ niederzulassen und hatte anfangs auch großen Zuspruch, der sich aber mehr und mehr verringerte, da es sich herausstellte, daß man es mit einer Schwindlerin zu tun hatte. Wie jetzt bekannt wird, wurden von ihr hier und in der Umgebung viele Landwirte um Tausende von Mark geprellt, die sie der Gantner leichtgläubig geliehen hatten.



### Scherzecke.

#### Wahrheiten.

Die Freude selbst ist stumm; sie läßt nicht mit sich reden; aber die Erinnerung an sie macht redselig.

Die Welt ist eitel; aber nur für die Eitel.

**Ein modernes Gretchen.**

Herr: „Mein schönes Fräulein, darf ich's wagen, Ihnen Arm und Beine anzutragen?“

Dienstmädchen: „Bedauere! — aber wissens S', heut' Abend könnten S' mir ein paar Eimer Wasser holen.“

**Wie es früher war.**

Touristen: „Was gibt's zu essen?“

Wirtsdächterlein: „Mer hawwe geflach, meine Vöcken.“

— Sie könne Alles hawwe, was e' Schwein biete kann.“





## Aus der Heimat.

Wildbad, den 26. April 1920.

**Saltloses Gerücht.** Seit einigen Tagen geht das Gerücht, Finanzminister a. D. Erzberger halte sich zur Kur hier auf. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, ist dieses Gerücht frei erfunden.

**Ueberfüllung im höheren Lehrfach.** Das bad. Kultusministerium warnt die Studierenden, sich dem höheren Lehrfach zuzuwenden. Die Zahl der Anwärter und der neuen Kandidaten übersteigt den Bedarf an Lehrkräften auf Jahre hinaus sehr beträchtlich.

**Die Forderungen des Bauernverbands.** Eine Landesversammlung der Bezirksverbände des bad. Bauernverbands stellte eine Reihe von Forderungen auf, die vor den Reichstagswahlen den politischen Parteien zur Verantwortung vorgelegt werden. Sofern sich auch nur eine Partei abnehmend verhielte, will der Bauernverband eigene Kandidaten aufstellen. Zum Verbandsvorsitzenden wurde Gebhardt-Eppingen (bisher Fischer-Vahr) und zum Sekretär Müller-Karlsruhe (bisher Karlsruher) gewählt.

**Turn- und Sportkurse.** An der Turnlehrerbildungsanstalt in Karlsruhe finden vom 31. Mai bis 26. Juni Turn-Sport- und Sport-Kurse für Lehrer an höheren Schulen, vom 4. Oktober solche für Lehrer von Volksschulen und Fortbildungsschulen, vom 1.-10. Juli solche für die Fortwarter und Turnwarte der Sportvereine, vom 13.-22. Sept. der Turnvereine und vom 23. Sept. bis 2. Okt. der Arbeiterturn- und Sportvereine statt.

**Das Reichsnotopfer.** Wie das Reichsfinanzministerium mitteilt, soll die Vermögensabgabe noch vor dem 1. Juli d. J. eingezogen werden.

**Pferdeablieferung an den Feindbund.** Die Reichsregierung hat den wiederholten dringenden Anträgen der bad. Landwirtschaftskammer entsprochen und ist bereit, die Preise für die an den Feindbund zu liefernden Pferde zu erhöhen. Es ist zu erwarten, daß die Preise nunmehr dem tatsächlichen Wert der Pferde entsprechen. Die Landwirtschaftskammer ist auch dafür eingetreten, daß für die bereits gelieferten Pferde Nachzahlungen gewährt werden.

**Die Sibirier kommen.** Für die Heimreise der deutschen Gefangenen in Ostibirien sind die nötigen Dampfer gemietet worden; sie werden demnächst die Heimreise antreten können. Auch die Verhandlungen mit den Bolschewisten über den Austausch der Gefangenen sind zu glücklichem Ende gekommen. Ein Zug mit Lebensmitteln wird ihnen entgegengeföhrt. Nun wird noch mit der polnischen Regierung wegen der Durchfahrt durch polnisches Gebiet verhandelt.

**Die Tabaksteuer** ist nach dem Gesetz am 1. April in Kraft getreten, aber auf fast allen Vertern fehlen noch die neuen Steuerzeichen, die sogenannten Banderolen, die Nachversteuerung kann also noch nicht regelrecht durchgeführt werden, so daß das Reich die Steuerentnahme noch nicht erhält.

**Gegen den Bodenhandel.** In einer Eingabe an den Reichskanzler bitten eine Reihe von Vereinigungen die Reichsregierung um sofortigen Erlaß einer Verordnung, die den Handel mit bebauten und unbebauten Grundstücken durch Verleiherung eines übertragbaren Verkaufrechts an die Kommunalverbände einschränkt, sowie den Gemeinden und Kreisen das Recht der Enteignung gibt in allen den Fällen, wo es das Interesse der Allgemeinheit erfordert. In der Begründung wird auf die Gefahren des zunehmenden Handels mit städtischen Grundstücken hingewiesen, an dem sich, neben vielen Reichsgewordenen im Inland, Ausländer der verschiedensten Nationalitäten beteiligen. Die unausbleibliche Folge werde ein Hochtreiben der Mieten, eine unerträgliche Verteuerung des ganzen Lebensverhältnisses und eine Einschränkung des deutschen Volks sein, das den einheimischen und ausländischen Spekulant in Gestalt der Bodenrente seinen Tribut zu bezahlen haben wird. Dem städtischen Grundbesitz drohen dieselben Gefahren. Auch im Schwabenland ist (von der Deffenlichkeit wenig beachtet) die Auslieferung des Bodens an das ausländische Spekulationskapital im Gange. Der niedrige Stand unserer Valuta ist es, der unsere Nachbarn, vor allem die Schweiz, mit ihrer fast unerschütterten Geldwirtschaft, geradezu einlädt, auf unsen Grund und Boden als die zur Zeit einträglichste und sicherste Kapitalanlage die Hand zu legen. Wer den Boden hat, der ist auch der Herr aller, die darauf wohnen und arbeiten. Wird darum dem Ausverkauf unseres Bodens an das Ausland nicht Einhalt geboten, so ist unsere und unserer Kinder und Kindeskinde wirtschaftliche Freiheit verloren.

**Drei Viertel der württ. Brauereien eingegangen.** In einer Eingabe des Württ. Brauerbunds an das Ernährungsministerium wegen höherer Zuteilung von Gerste wird ausgeführt, daß Württemberg in Gerste Ueberschußland sei. 90 Prozent der Gerste werden von der Zwangsbeiwirtschaftung beschlagnahmt, in Bayern nur 80, im übrigen Deutschland nur 30 Prozent. Trotzdem haben die bayerischen Brauereien das volle Kontingent (15 Prozent der Friedensmenge) erhalten, die württembergischen nicht einmal 5 Prozent. Von etwa 1000 württ. Brauereien seien seit 1915 über 750 eingegangen.

### Bezugspreiserhöhung der Zeitungen.

Der Verein Württ. Zeitungsverleger hielt am Freitag, den 23. April, in Stuttgart eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, die unter dem Vorsitz von Dr. Wolf-Oberndorf zur Lage des Zeitungswesens Stellung nahm. Direktor Effer-Stuttgart legte die ersprechenden Zustände auf dem Papiergebiet dar. Die Papierpreise werden den Zeitungsverlegern meistens erst nach mehreren Wochen mit rückwirkender Kraft bekannt gegeben. Trotz monatelanger Bemühungen habe der Staat bis heute eine Verbilligung des Papierholzes nicht herbeigeföhrt, während die geradezu wucherischen Holzpreise nach wie vor anrecht erhalten blieben. Anstelle eines Papierpreises von 20 Pfennig für das Kilo in der Vorkriegszeit sei jetzt für den Monat April ein solcher von 3.65 Mk. getreten und schon wieder seien die Zeitungen mit neuen Preissteigerungen bedroht, wozu neben den vielfach heraufgesetzten Löhnen und Gehältern die neuen Postgebühren, die Preissteigerungen für Farbe und für Materialien u. a. m. einen lebensgefährlichen Druck auf die Zeitungsunternehmen ausüben. Auf Grund angefertigter genauer Berechnungen wurde die Unmöglichkeit bewiesen, mit den bestehenden Bezugspreisen auch nur noch einen weiteren Monat auszukommen, weshalb die Versammlung ab 1. Mai im direkten Verkehr mit den Bezüherern folgende Erhöhung beschloß: 1. die kleineren, weniger als 6mal wöchentlich erscheinenden Zeitungen wenigstens 1 Mk. monatlich; 2. die 6mal, jedoch im Höchstmaß von 26 Seiten wöchentlich erscheinenden Zeitungen wenigstens 1.25

Mk.; 3. alle übrigen, täglich erscheinenden Zeitungen wenigstens 1.50 Mk.; 4. die 6mal täglich erscheinenden Stuttgarter Zeitungen wenigstens 1.80 Mk. monatlich.

Ueber einen neuen Gesetzentwurf betr. die Amtsblattfrage bzw. die Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen in Württemberg berichtete Kirchener-Göppingen. Das auch weitere Kreise interessierende Gesetz soll in der nächsten Zeit dem württ. Landtag zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt werden. Die mehrstündigen Verhandlungen, in denen sich trotz aller Meinungsunterschiede ein ausgezeichneter kollegialer Geist zeigte, erbrachte in dieser Zeit bitterster Not mehr als je zuvor den Beweis der Notwendigkeit eines engen Zusammenhanges unter den Zeitungsverlegern.

### Die Kunst des Einkaufens.

Einkaufen ist eine Beschäftigung, die jeder nach Neigung und Bedürfnis, soweit der Geldbeutel langt, betreibt, ohne weiter viel dabei nachzudenken. Man geht in ein Geschäft, läßt sich da Sachen vorlegen, wählt, bezahlt, und damit gut. Nichts scheint einfacher zu sein, als das Einkaufens, und doch ist auch dies eine Kunst, die gelernt sein will. In dieser Kunst will ein Auftrag eines Londoner Vates unterrichten, und er wendet sich dabei besonders an Frauen.

Man nehme unter den zahllosen Beispielen, die einem in jedem Laden und zu jeder Tageszeit aufstoßen, nur eines. Um den Laden sich drängt sich eine große Menge von Kunden; die Verkäuferin oder Verkäuferinnen haben alle Hände voll zu tun. Die eine Verkäuferin aber wird von einer gutgekleideten Dame festgehalten, die von zwei Kindern begleitet ist. Die Dame äußert nur langsam und ungenau ihre Wünsche und spricht dazwischen immer mit den Kindern, die sie ermahnt, oder mit denen sie scherzt. „Habe ich nun alles?“ fragt sie endlich und läßt dieser Frage nun an sich selbst eine längere Pause des Nachdenkens folgen. „Mir war's doch so, wie wenn ich noch etwas wollte.“ Dann kramt sie in ihren Taschen nach und zieht ein Notizbuch hervor und blättert darin und findet nichts mehr und schickt sich schließlich unter unständlichen Vorbereitungen an, ihren Platz am Ladentisch zu verlassen. Unterdessen ist die Menge der wartenden Kunden mehr und mehr gewachsen; einige äußern ihre Ungeduld deutlich, andere verlassen den Laden, weil ihnen die Geschichte zu lange dauert, und die Verkäuferin selbst ist nervös geworden und hat die Dame schlecht bedient. So ist durch die zerstreute und nachlässige Art der Käuferin dem Geschäft wie ihr selbst Schaden entstanden. Ein anderer Typus, von den Verkäuferinnen geübt, ist der der Dame, die nicht genau weiß, was sie kaufen will. Sie läßt sich eine Unmenge von Sachen vorlegen, bis sie nach einer Stunde herausfindet, daß sie zu ihrem neuen Kleid gar nicht Seide, sondern Baumwolle haben möchte. Sie kauft also gar nichts, stiehlt den Verkäufern die Zeit und verhindert andere Käufer am Kaufen.

Die erste Regel, die für jede Kunst des Einkaufens aufgestellt werden muß, ist die, daß man keine Einkäufe möglichst rasch und methodisch erledigt. Die Dame, die Besorgungen macht, muß sich vorher genau überlegen, was sie will und welche Sachen sie in einem bestimmten Geschäft einzukaufen beabsichtigt. Sie soll sodann die Stunden wählen, in denen erfahrungsgemäß der Andrang nicht groß ist. Auch ist Einkaufens eine Arbeit und kein Vergnügen; es ist daher nicht nötig, daß es in großer Gesellschaft geschieht. Wenn mehr als zwei Damen zusammen einkaufen, so werden sie nur sich selbst gegenseitig und den eigenen Geschäftsgang behindern. Was das Einkaufens der Mädchen für den Haushalt betrifft, so würde in dieser Hinsicht eine größere Systematik viel Zeit und viel Geld ersparen. Wenn ein Mädchen z. B. beim Kolonialwarenhandler bald den Bedarf für eine ganze Woche einkauft, so wird das für beide Teile gewinnbringend sein. Wenn sie an bestimmten Tagen der Woche in bestimmten Geschäften ihre Einkäufe macht, so werden sich beide Teile besser darauf einrichten. Vor allem aber darf man nie die Vorräte ganz ausverkauft lassen, sondern muß einkaufen, bevor alles zu Ende ist. Dazu ist die früher beliebte „Kuchenschreibtafel“ gut, worauf die einzelnen Dinge, deren Einkauf notwendig wird, aufgeschrieben werden, was den Uebersicht sehr erleichtert.

## Eier-Abgabe.

Auf Lebensmittelmarkt 24 werden Eier abgegeben.  
Eisenschluß Mittwoch abend 6 Uhr.  
Lebensmittelamt Wildbad.

## Zu verkaufen:

1 Ovaltisch poliert, 1 Kleiderständer, 1 Wandtischchen mit Schublade, 1 Polsterstuhl, 1 eiserner Kinderspieltisch mit Stühlen, eingerahmte Bilder, 1 Patronenkasten, 1 Haarschneidmaschine, 1 Kohlenbügeleisen, 1 älterer Lederhandschuh und Tasche, 1 Spucknapf, 3 elektrische Glocken samt Kupferdraht, 1 Kohlen säuerereducierventil m. Gummischlauch, 1 Erdölleuchte, verschiedene ältere Schuhe, Größe 41, 1 Besteckkorb, Salz- und Pfefferstreuer, 1 Hackbeil, 1 Franchierbesteck und Brett, Serviettenringe u. 170 St. Papier serviettentaschen, 2 Dzd. Dessertmesser mit Ebenholzgriff u. 1/2 Dzd. Dessertteller (porz.), 1 1/2 Dzd. flache Teller (porz.), 4 Servis- und 3 Gemüßplatten (porz.), 3 St. Bouillontassen (Nidel), 3 St. Serviettabletten (Nidel), 1 Kohlenbügeleisen samt Eisen, 2 Messingstangen samt Ringen 2,20 Mtr. lang, dto. 1,60 Mtr. lang, 2 Bogellästige, 6 St. grüne Glastulpen für Gaslampen, verschiedene Stuhl- und Umlegstühle, Breite 40 u. 41. Ferner: 1 braunes Damenostium, wenig getragen, für mittlere Figur.

Uhlandstrasse 45, Kappelberg,  
2. Stod.



## Leder-Schuhwaren

aller Art:  
Herren-, Damen-,  
Knaben-,  
Mädchen- u.  
Kinder-Stiefel

## Arbeiterschuhe la. Rindlederne

für Männer, Frauen, Knaben, Mädchen und Kinder empfiehlt zu billigsten Tagespreisen

Hermann Lutz, Wildbad.

Alleinverkauf der Marke „Salamander“.

## Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die uns während der Krankheit und beim Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres Vaters, Großvaters, Bruders und Onkels

## Friedrich Rothtuss

Schreinermeister,

erwiesen wurden, sagen wir unseren herzlichsten Dank. Besonders danken wir dem Herrn Geistlichen für die trostreichen Worte am Grabe, dem Gesangverein für den erhebenden Gesang, sowie dem Militär-Berein und der Freiwilligen Feuerwehr für ihre ehrenvolle Begleitung, der Krankenschwester für ihre liebevolle Pflege, den Trägern für ihren ehrenvollen Dienst, ferner für die vielen Krankenbesuche, Blumen Spenden, und der zahlreichen Beteiligung am Leichenbegängnis.

Wildbad, den 27. April 1920.

Die trauernden Hinterbliebenen.

## Eugen Riexinger Elise Riexinger

geb. Riexinger

grüssen als Vermählte.

27. April 1920.

Möller'sche Beamtenschule Oberndorf a. N.

Verwaltungs-, Verkehrs- und Kausalschule auch für Mädchen.

## Arbeitshosen

aus Ia. Hosenzeug,

in allen Größen eingetroffen.

Ph. Bofch Nachf. Wildbad.

## Städt. Arbeitsamt Wildbad

Im Lebensmittelamt.  
Fernsprechanschluß 140.  
Für sofort werden gesucht:  
1 Gärtner, 20-25 Jahre  
alt, nach Auswärts.

Einen gußeisernen  
**Koch-Ofen**  
hat abzugeben  
Haus Hecker.

Gr. Hasenstall  
zu kaufen gesucht.  
Reformschule Wildbad.

Für Kindernahrung!

## Milch- Süss-Speise

Zirkel 1/2 Milch  
" 1/2 Zucker  
" 1/2 Gries

250 g-Paket - 5 Port

Mk. 3.—

## Mais-Puder

In verschiedenen  
Packungen.

Plannkuch & Co.

Forstamt Wildbad.

Am Dienstag, 27. April  
d. J. wird abends 4 Uhr im  
„Windhof“ eine Eide IV.  
M. mit 0,40 M. aus Staats-  
wald Paulinenhöhe im Auf-  
streich verkauft.

Derjenige, welcher Freitag  
vormittag im Hofe des „Hotel  
Palmengarten“ eine neue rote  
Bettvorlage mitnahm und  
von einem Fenster aus beob-  
achtet wurde, wird aufgefordert,  
dieselbe an Ort u. Stelle wieder  
abzugeben, andernfalls Anzeige  
erfolgt. Wilh. Fahrbach.

## Haarnetze, Hauben- und Stirn-Netze

bei  
Chr. Schmid u. Sohn.

Kaufe alte

## Grammophon- platten auch Bruch.

per Kg. 10 —

Richard Curth,

Musikhaus —

Pforzheim, Leopoldstr. 17  
(Rossbrücke Kiedaloch-Arkaden).

